

Saar Zeitung

Organ der Zentrums-
Partei für den Saargau

Erscheint 9 mal wöchentlich. Geschäftsführer: Saarländer H. M. 11. Kl. 1
Telegraph-Adresse: Saar-Zeitung.
Kernpreis 70 u. 80 Pfennig.

1872



Tage- und Anzeigenblatt
für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post 11.00 Pfennig.
preise: Die 8x8-pfennige 40 mm-Säule 0.45 Fr. Deutschland 10 Pf.
Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 131

Saarbrücken, Samstag, den 11. Juni 1927.

56. Jahrgang.

Sowjetrussischer Alarm

Starke Erregung in Russland.

Moskau, 10. Juni. Die Ermordung Wołłows hat in der Sowjetunion allgemeine Erregung hervorgerufen. Aus Charlow, Leningrad, Moskau, Swetłomor und Riazan werden zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen gemeldet. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere hunderttausend Personen teil. Besonders groß waren die Kundgebungen vor dem Gebäude des Außenkommissariats, an dem Demonstrationszuge von 3 Uhr nachmittags bis spät abends vorbeimarschierten. Die Wołłowsfekte, in der sich die polnische Masse befindet, war durch verstärkte Milizausgabe abgesichert. Die angenommenen Resolutionen haben gehört, daß die Ermordung Wołłows in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands steht, und wollen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Va-

Protestkundgebungen in Moskau.

Moskau, 10. Juni. Die seit dem Bruch mit England entbrachte und durch den Warschauer Handelskrieg geheizte Erregung in Moskau, die bereits Ausdruck in zahlreichen Demonstrationen fand, hat jetzt durch das ausschreitende Bombenattentat in Leningrad und das gleichzeitige Attentat in Minsk eine neue große Steigerung erfahren. Durch das Regierungskommuniqué wird erst jetzt bekannt, daß die Attentate Anschläge auf Stalin, Tscharkin u. a. bedeutende Persönlichkeiten vorausgegangen seien. Ungetilgt der Erregung wegen des Warschauer Mordes wird durch alle diese Entlasten die öffentliche Aufmerksamkeit auf den „inneren Feind“ gelenkt.

Das Ziel des „inneren Feindes“ ist, so erklärt die „Denkschrift der Freude“ in einem für die Stimmung in Russland bestimmenden Beitrag, „die proletarischen Führer zu ermorden, das Land mit Golgen zu bedecken und im Blute der Verstüppen zu zerstören“. Eine großzügige „Saubereungsaktion“ zur Vernichtung der sowjetfeindlichen Ele-

mente im Innern wird angekündigt. Den Arbeitern und Beamten möge klar vor die Augen gesetzt werden, was ihnen ein „Eisgrat der Bourgeoisie“ bringen würde.

Die polnische Antwort an Russland.

Moskau, 10. Juni. Wie die Warschauer Presse erscheint, ist die Note in ruhigem Tone gehalten. Sie weist die Vorwürfe zurück, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, wo die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den an Wołłow verübten Anschlag spricht. Auch Polens erkannt hat, daß gerade Polen seinerzeit auf russischen Wunsch Massenausweisungen russischer Emigrantenführer vorgenommen habe.

Die Sowjets in Bedrängnis.

Moskau, 10. Juni. Merkwürdige Gleichgültigkeit der Alliierten in Warschau, Leningrad und Minsk, deren hohe und niedere Funktionäre des Sowjetregimes zum Opfer fielen, und ihr zeitliches Zusammenfallen mit der Verschärfung des englisch-russischen Konfliktes haben nicht nur für Moskau, sondern auch für ganz Europa politische Bedeutung. Man sieht in Moskau sehr deutlich die machtpolitische Schwäche, d. h. die Unqualitätlichkeit der zur Verteilung lebenden militärischen Machtmittel. Das geht schon aus der Art der sowjetrussischen Abwehr hervor, die sich ganz einseitig auf das Propagandafeld, auf den Wort- und Federstab verlegt. Mit auffallender Betonung des eigenen Friedenswillens arbeitet man in Moskau intensiv mit den Mitteln der Anklage und Aufklärung des Gegners. So veröffentlicht die Telegraphenagentur der Sowjetunion soeben wieder „Erkundungen über die angedachte Militärtätigkeit Englands in Sowjetrussland“. Das offizielle Kommuniqué zählt eine ganze Reihe von bis in das Jahr 1925 zurückliegenden Attentaten gegen herausragende Mitglieder des Sowjetregimes auf, bei denen sich angeblich überall die Hand Englands deutlich gezeigt habe.

Politische Rundschau.

C. H. Saarländer, 11. Juni 1927.

Noch Lindbergh hat nun Chamberlin, wieder ein Amerikaner, den Ozean überquert. Nach zwei Notlandungen in Deutschland kam er in unsere Reichshauptstadt an, die ihm und seinem Gefährten jubelte und solche Ovationen brachte, daß er sehr erstaunt und erfreut gewesen sein soll. Jetzt wird er von Veranstaltung zu Veranstaltung geschleppt, muß sich hier interviewen lassen, dort Unterschriften leisten, Glückwunschiegramme lesen und beantworten, kurz: er wird als der Held des Tages angestaut. Auch wir haben für seine Tat Bewunderung und Anerkennung. Es ist etwas anderes, ob man über Land fliegt mit der Pflicht, bei einem Defekt gleich landen zu können, oder aber im Luftkampf (wie unser J. R. I) den weiten Ozean überquert. Chamberlin aber ist allein 51 Stunden am Steuer und trug allein die volle Verantwortung. Er hat gezeigt, was ein freier Willen vermag; eine gewisse Illusion macht er zur vollenbeten Tatsache. Von deutscher und amerikanischer Seite wurde noch der Kontakt bestellt, daß Chamberlins Unternehmen zur Annäherung der beiden Staaten beitragen würde. Und die außenpolitische Bedeutung des Ozeanklages reicht über den Wechsel von Begrüßungs- und Glückwunschiegrammen hinaus. Das wird schon deutlich, wenn man den Flieger bei allen feierlichen Anlässen fast beiseite in den Hintergrund treten sieht, um dem amerikanischen Gesandten Platz zu machen. Neben dem Sportsmann steht der Diplomat. — Wir wollen noch eine Feststellung treffen, daß die Aufnahme in Paris. Paris, noch eben von Lindbergh in unbeschreiblichen, jubelndem Taumel veracht, hat mit einer gewissen Klarheit den zweiten Ozeanklager verfolgt. Der „Ozeanklager“, das nationalistische Pariser Abendblatt, betont, daß der Flug Chamberlins weniger Bedeutung besitzt als der Flug Lindberghs, denn es sei der zweite, und dann sei Paris das wahre Zentrum in Europa. Ein anderes Blatt schreibt: „Chamberlin hat Lindbergh übertrffen, aber Paris hat Berlin übertrffen.“ Im selben Niemenge warnt man schon vor dem deutschen Flugzeugen, das, wie der „Gaulois“ schreibt, wohl auf große Demonstrationen verzichtet. „Man arbeitet dort in der Stille, organisiert, schreit fort, um uns eines Tages in Estland zu töten, während unsere Freunde, die Amerikaner, frei und fröhlich ziegen, wie weit sie sind.“ Nun, leider sind wir noch wegen der schweren Aufsichtsbestimmungen der Alliierten, die uns sogar in Saarbrücken einen Flugplatz verbieten wollen, nicht in der Lage, große Pläne anzubilden, so daß die französische Angst unbegründet und übertrieben ist.

Der Anlaß zum Jubel, den die Menschheit angesichts der Großtat des amerikanischen Fliegers hat, hatte in eins die Wellen der politischen Horizont verheucht, die aber jetzt schon wieder dunkel und drohend sichtbar werden. In Warschau ist von einem jungen Mann russischer Herkunft der sowjetrussische Gesandte ermordet worden. Über die Freiheit herrscht heftige Unruhe in Moskau, von wo eine Note an Polen gesandt wird, in der es heißt, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord nicht ablehnen könne, da sie es an den notwendigen Repressionsmaßnahmen habe fehlen lassen. Dass dies nicht richtig ist, ist bereits festgestellt worden, wenngleich es, ganz allgemein gesprochen, immer bestbat ist, daß in der Zeit enger Spannungen, in der mehr wie genügend Grundstoff angefordert ist, unverantwortliche Elemente diesen zum Entflammen dringen. Wenn sich auch gerade Moskau von Gefühlsmomenten stark leiten läßt, und wenn auch außerlich und vorübergehend eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Russland und Polen infolge der nationalen Erregung über den Mord eintreten sollte, so können wir doch an etliche Friedenstragenden nicht glauben, die unseres Kreises ebenso wenig in der englisch-russischen Krise eintreten werden. Wenn Vismar einmal sagt, daß an einem Krieg zwischen England und Frankreich ebenso wenig zu-

Vorbereitung der Genfer Ratstagung.

Keine Ausrolfung der Niedrigungsfrage in Genf?

Berlin, 10. Juni. Die „Vossische Zeitung“ sieht es nach der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts bereits als bestimmt an, daß Stresemann einen offiziellen Schritt zur Herbeiführung der völligen Rheinlandräumung, den er im März in Genf anstieß, im Juni noch nicht unternehmen werde. Gleichwohl innerhalb des Reichskabinetts Vereinbarung darüber, daß der Termin für diese Aktion, den Stresemann ausdrücklich vorbehalten hat, noch nicht gekommen sei und daß diese Aktion erst nach der Zustimmung des Volkerbundes erfolgen könne. Dagegen sei es sicher, daß über eine Veränderung der Rheinlandbesetzung verhandelt werde.

Heute bei Stresemann am Donnerstag eine Unterredung mit dem Führer der Deutschen Nationalen, dem Großen Wallwitz gehabt, bei der alle außenpolitischen Fragen im Hinblick auf die kommende Volkerbundsztagung besprochen wurden.

Die Rheinlandräumung und die Frage der Ostgrenze.

Dresden, 10. Juni. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen eine Unterredung ihres Pariser Vertreters mit dem französischen Senator Lemery, der bekanntlich eine Rheinlandinterpellation gleich nach der Genfer Tagung des Volkerkongresses im Senat einzubringen beabsichtigt. Senator Lemery hat zur Niedrigungsfrage u. a. erklärt: Es sei notwendig, daß die französische Regierung zu dem katalanischen Niedrigungsbeschluß jetzt Stellung nehme. Die deutsch-französischen Beziehungen stützen unter der Haushaltung da-

über, wie die Pariser Regierung das verteidigungsberechte Recht auf Räumung zu behaupten geheute. Mit Bezug auf die Zustimmung Polens zur Räumung heißt es dann:

„Wir können die Bereitschaft des französischen Volkes, sich mit der befreundeten, ja sofortigen Räumung des besetzten Gebietes einverstanden zu erklären, nur gewinnen, wenn ein für Deutschland und Polen tragbarer Modus geschaffen wird um das unehrbare und Deutschlands Souveränität an der Ostgrenze schwer schädigende Verhältnis zu beenden. Der Korridor in seiner heutigen Gestalt ist ein Friedenshindernis. Ratz und Gut: Es muß eine wiederrussisch-polnische Annäherung vor sich gehen, die in einem Garantievertrag ihren Ausdruck zu finden hätte.“

Deutschland stimmt den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz zu.

Berlin, 10. Juni. Das Reichskabinett hat nach eingehender Prüfung des Berichtes über das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Die Reichsregierung billigt den Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz und nimmt deren Beschlüsse zu. Sie ist bereit, an der Verwirklichung der Empfehlungen und Anregungen fallständig mitzuwirken. Die Reichsregierung erklärt in den von der Weltwirtschaftskonferenz für die in Zoll- und Handelspolitik gegebenen Richtlinien einen praktischen Weg zu einer freieren Gestaltung der internationalen und insbesondere der europäischen Weltwirtschaftsbeziehungen und ist mit der Konferenz der Ansicht, daß hierin eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung Europas, für den Fortschritt der Industrialisation und die Erhaltung des Friedens liegt. Sie hält es daher für dringend erwünscht, daß die zur Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse erforderlichen Arbeiten des Volkerbundes mit Beschränkung in Angriff genommen und durchgeführt werden.